

Zähes Ringen um Nordkosovo

Die Regierung in Pristina will ihren Einflussbereich auf den serbisch dominierten Landesteil ausdehnen

Im Norden Kosovos, wo die Serben die Mehrheit stellen, hat Pristinas Führung nur wenig zu sagen. Ein neuer Plan, an dem der EU-Sonderbeauftragte mit-schrieb, soll dies ändern. Serbien ist verärgert und spricht von einer gefährlichen Provokation.

Thomas Fuster, Wien

Mitte Februar jährt sich die einseitig proklamierte Unabhängigkeit von Kosovo zum zweiten Mal. Von der ausgerufenen Eigenstaatlichkeit ist aber namentlich im serbisch dominierten Norden der jungen Nation nur wenig spürbar. Der Einfluss von Kosovos Regierung auf die nördlich des Flusses Ibar gelegene Region ist praktisch inexistent. De facto steht die Gegend weiterhin unter der Autorität der serbischen Staatsführung. Seien es Spitäler oder Schulen: Die öffentlichen Einrichtungen werden von Belgrad finanziert. Die von Pristina ins Leben gerufenen Institutionen werden im Norden des Landes ignoriert, ebenso die von Kosovos Regierung angeordneten Wahlen, wie jüngst die Lokalwahl vom November zeigte. An den Parallelsystemen hat die Unabhängigkeitserklärung wenig bis gar nichts geändert.

Teure Doppelstrukturen

Die kosovarische Führung will diesen Zustand beenden. Sie will endlich auch im Norden des von ihr beanspruchten Landes ein Wort mitreden, auch dort

ihre Rechtsordnung durchsetzen. Zusammen mit der Internationalen Verwaltungsbehörde ICO, die vom niederländischen Diplomaten Pieter Feith geleitet wird, ist ein Plan ausgearbeitet worden, dessen Inhalt unlängst an die Öffentlichkeit sickerte und der eine Ausdehnung des politischen Einflussbereichs Pristinas vorsieht. In dem zu 90 Prozent albanisch dominierten Land soll auch die serbische Minderheit, deren Zahl auf 120 000 geschätzt wird und von der über 50 000 Angehörige im Norden leben, in Kosovos Institutionen integriert werden. Zentrales Ziel ist dabei die Abschaffung der doppelten Verwaltungsstrukturen im Norden.

Mitrovica als Modellfall

Die geplante Integration von Nordkosovo hat in Serbien einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Zwar beklagt auch Serbiens Regierung die Existenz eines Parallelsystems. In der Belgrader Lesart sind daran aber die angeblich illegalen Strukturen verantwortlich, welche die Führung von Pristina aufgebaut hat. Dass die im Norden lebenden Serben weiterhin unter der rechtlichen Obhut Belgrads leben wollen, wird als offenkundig betrachtet; der Boykott der kosovarischen Lokalwahl habe dies gezeigt. Seit dieser Wahl existieren in einigen von Serben bewohnten Gemeinden zwei Verwaltungen: die im November 2009 neu bestellten Behörden und jene, die im Mai 2008 bei den serbischen Lokalwahlen bestimmt worden waren.

Doch was sieht der Plan konkret vor? Vorgesehen ist zunächst die Schaffung einer neuen Gemeinde in der eth-

nisch geteilten Stadt Mitrovica, die durch den Fluss Ibar in einen serbischen Norden und einen albanischen Süden separiert wird. Die neue Gemeinde Nord-Mitrovica soll bis Mitte dieses Jahres in die kosovarischen Institutionen integriert werden. Geschehen soll dies durch die Marginalisierung jener (parallelen) lokalen Institutionen, die



weiterhin die Autorität Belgrads anerkennen, und durch die Stärkung jener Serben, die sich zur Kooperation mit Pristina bereit zeigen. Nach demselben Modell würden in der Folge auch die drei Gemeinden Zvecan, Leposavic und Zubin Potok, die alle ebenfalls die serbische Autorität anerkennen, dem kosovarischen Staat einverleibt werden.

Laut dem Dokument möchte man die zaghaften Fortschritte, die bei der Einbindung serbischer Enklaven im Süden zu beobachten sind, auf den Norden

duplizieren. Als Hindernis erscheint dabei, dass die Anerkennung der neuen Gemeinde als Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos interpretiert werden könnte. Entsprechend wichtig ist es, den Nutzen, den Serben aus der Dezentralisierung und der neuen Gemeinde ziehen können, zu betonen.

Wie dies geschehen soll und wie Belgrad zur Kooperation motiviert werden soll, bleibt im Dokument ungesagt. Angedeutet wird indes, dass die Wirtschaftskrise insofern hilfreich sein könnte, als sich Belgrad die teure Alimentierung der Kosovo-Serben zusehends weniger leisten könne.

Serbische Proteste

So unausgereift – und stellenweise naiv – der Plan erscheinen mag: In Serbien wird er gleichwohl ernst genommen. Am vergangenen Freitag bezeichnete Präsident Boris Tadic den Plan vor dem Uno-Sicherheitsrat als gefährliche Provokation, die eine Destabilisierung der Lage und eine Anheizung des Konflikts bewirke. Die Beschwichtigung von Feith, wonach der Plan nicht mit Gewalt umgesetzt werde, änderte an der Verärgerung wenig. So erscheint die von Feith geleitete ICO in den Augen Belgrads als ebenso illegal wie die Strategie für Nordkosovo. Aufgabe der ICO ist es nämlich, Pristina bei der Umsetzung des Ahtisaari-Plans zu unterstützen – eines Plans, der zwar nie das Placet des Uno-Sicherheitsrats erhielt, der aber dennoch eine international beaufsichtigte Unabhängigkeit für Kosovo vorsieht.

Besonders irritieren dürfte Belgrad, dass Feith neben seiner Funktion als

ICO-Chef, die ihn quasi von Amtes wegen zu einem Fürsprecher von Kosovos Unabhängigkeit macht, auch als Sonderbeauftragter der Europäischen Union in Kosovo agiert. Als Repräsentant der EU wäre Feith eigentlich zur Status-Neutralität verpflichtet, zumal in der EU kein Konsens zur Unabhängigkeit Kosovos existiert.

Der Verdacht, dass Brüssel das im Dezember von Serbien eingereichte Gesuch um eine EU-Mitgliedschaft mit der Forderung nach Konzessionen in der Kosovo-Frage verknüpft, wird von Feith zwar zu entkräften versucht; nötig sei nur regionale Kooperation, nicht eine formale Anerkennung der Unabhängigkeit, betont er. Solange der EU-Vertreter aber in zwei derart grundverschiedenen Funktionen auftritt, bleiben Verdächtigungen und Missverständnisse gleichsam programmiert.

In Serbien festigt sich jedenfalls der Eindruck, dass der Westen mit dem Hebel der EU-Mitgliedschaft den Druck erhöht, Belgrad zum Verzicht auf eine institutionelle Präsenz in Kosovo zu bewegen. Das Ringen um Nordkosovo reiht sich in eine Serie von Ereignissen, die diesen Schluss nahelegt. So ist jüngst dem serbischen Minister für Kosovo eine Reise in die serbische Enklave Strpce in Südkosovo verwehrt worden. In dieser Enklave wurde die bisherige Behörde, die in serbischen Lokalwahlen bestimmt worden war, zwangsweise ersetzt durch jene Führung, die in den kosovarischen Wahlen gesiegt hatte. Um die Rückkehr der von Belgrad gestützten Führung zu verhindern, unterliess man es nicht, gleich sämtliche Schlösser im Rathaus auszuwechseln.